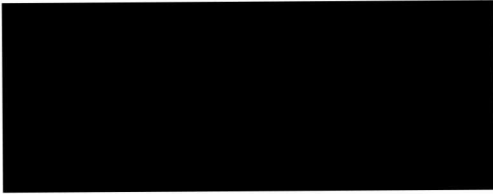
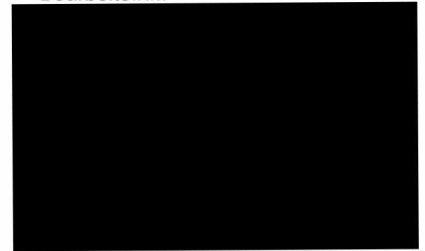


Bezirksamt Neukölln von Berlin, 12040 Berlin



Geschäftszeichen: (bitte immer angeben)
Stapl a11

Bearbeiter/in:



stadtplanung@bezirksamt-neu-koelln.de

(bei Nutzung der E-Mail Adresse erfolgt keine elektronische Zugangsöffnung gem. § 3a Abs. 2 Satz 1 VwVfG)

<http://www.berlin.de/ba-neukoelln/>

Datum: 17.03.2020

Gebührenbescheid

Gebühr für Amtshandlungen nach dem Berliner Informationsfreiheitsgesetz und vergleichbarer gesetzlicher Informationsansprüche

hier: Antrag auf Akteneinsicht nach dem IFG vom 04.03.2020, eingegangen per Email

Grundstück: **Milieuschutzgebiet Rixdorf,
Vorkaufsangelegenheit Schöneweider Straße 20**

Nach § 16 des Gesetzes zur Förderung der Informationsfreiheit im Land Berlin (Berliner Informationsfreiheitsgesetz – IFG) ist die Akteneinsicht gebührenpflichtig.

Die Gebührenpflicht ergibt sich auf Grund des § 6 Abs. 1 des Gesetzes über Gebühren und Beiträge (GebG), in Verbindung mit der jeweils geltenden Verwaltungsgebührenordnung (VGebO).

Die Berechnung der Gebühr erfolgt nach Tarifstelle 1004 b) Nr.1 (einfache Akteneinsicht) der Verwaltungsgebührenordnung (VGebO).

Gebührenhöhe: 50,00 €	Kassenzeichen: 2038000330691
Gebühr gem. § 5 VGebO i.V.m. Tarifstelle 1004 b) Nr.1 VGebO (einfache Akteneinsicht = Rahmengebühr 5-100 €)	

Die Akteneinsicht kann erst nach der Vorauszahlung der Gebühr erteilt werden (§ 17 Gebührengesetz -GebG-).

Verkehrsanbindungen:

Rathaus: U-Bahn (U7); Bus 104, 166
Bitte benutzen Sie die öffentlichen Verkehrsmittel

Sprechzeiten:

entfallen bis 19.4.2020
aufgrund der notwendigen
Schutzmaßnahmen
der SARS-CoV-2-Pandemie

Bankverbindungen:

Zahlungen bitte unbar an die Bezirkskasse Neukölln

Geldinstitut	IBAN
Postbank Berlin	DE 06 1001 0010 0003 3321 03
Deutsche Bank AG	DE 05 1007 0848 0513 0885 00
Berliner Sparkasse	DE 10 1005 0000 1410 0038 05

Sie werden gebeten, den Betrag innerhalb von 4 Wochen auf eines der auf Seite 1 aufgeführten Konten zu überweisen und dabei unbedingt das oben stehende Kassenzeichen anzugeben.

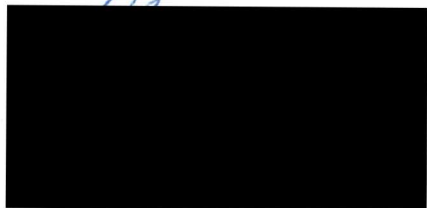
Die Daten werden, soweit sie zur Überwachung des Zahlungseinganges benötigt werden gespeichert. Die Verarbeitung personenbezogener Daten ist gemäß § 3 BlnDSG zulässig, da sie zur Erfüllung der Aufgabe erforderlich ist.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Widerspruch beim Bezirksamt Neukölln von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung, Karl-Marx-Straße 83, 12040 Berlin, erhoben werden.

Nach § 80 Abs. 2 Nr. 1 VwGO haben Widerspruch und Anfechtungsklage keine aufschiebende Wirkung, d. h. durch die Einlegung eines Widerspruchs wird die Verpflichtung zur rechtzeitigen Zahlung nicht aufgehoben. Sie haben die Möglichkeit, nach Einlegung des Widerspruchs gemäß § 80 Abs. 4 VwGO die Aussetzung der sofortigen Vollziehung beim Bezirksamt Neukölln von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung, zu beantragen. Wird dieser Antrag dort in angemessener Frist sachlich nicht entschieden oder droht eine Vollstreckung (§ 80 Abs. 6 VwGO), können Sie nach § 80 Abs. 5 VwGO die Anordnung der aufschiebenden Wirkung beim Verwaltungsgericht Berlin, Kirchstraße 7, 10557 Berlin beantragen.

Im Auftrag



Fundstellennachweis

Gesetz über Gebühren und Beiträge (GebBtrG) vom 22. Mai 1957 (GVBl. S. 516), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 05. Juni 2019 (GVBl. S. 284)

Verwaltungsgebührenordnung (VGebO) vom 24. November 2009 (GVBl. S. 707, 894), zuletzt geändert durch Artikel 2 der Verordnung vom 26. März 2013 (GVBl. S. 107)

Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. März 1991 (BGBl. I. S. 686), zuletzt geändert durch Artikel 17 des Gesetzes vom 22. Dezember 2016 (BGBl. I S. 3106)

Gesetz zur Förderung der Informationsfreiheit im Land Berlin (Berliner Informationsfreiheitsgesetz - IFG) vom 15. Oktober 1999 (GVBl. S. 561), zuletzt geändert durch Artikel I des Gesetzes vom 8. Juli 2010 (GVBl. S. 358)

Gesetz zum Schutz personenbezogener Daten in der Berliner Verwaltung (Berliner Datenschutzgesetz- BlnDSG) in der Fassung vom 17.12.1990 (GVBl. 1991 S. 16/54) zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 04.04.2016 (GVBl. S. 150)

Verordnung über die Verarbeitung personenbezogener Daten des Haushaltswesens vom 14. Dezember 1993 (GVBl. S. 630), geändert durch Verordnung vom 24. Juli 1997 (GVBl. 1998 S. 13)